

## **Wokshop 3: E-Partizipation**

### **„Formelle, internetbasiert Beteiligungsverfahren“**

Tilmann Schulze-Wolf, Ingenieurgesellschaft entera, Hannover

Formelle, internetbasierte Beteiligungsverfahren, wie sie z.B. in der Raumordnung, in der Landesplanung aber auch in der Bauleitplanung durchgeführt werden, nehmen im Rahmen der e-Partizipation eine gewisse Sonderstellung ein, da sie sich in mehreren Punkten erheblich von den informellen Verfahren unterscheiden. Gleichwohl sind sie wichtige Teile der e-Partizipation, da sie für die Beteiligten das gesetzlich verbriefte Recht auf Teilhabe an der Ausgestaltung von Planungsprozessen (allerdings nicht an Entscheidungsprozessen) sicherstellen.

Im Gegensatz zu den informellen Verfahren sind sie daher keine freiwillige Leistung einer Behörde, sondern müssen auf der Grundlage entsprechender Gesetze und Vorschriften durchgeführt werden.

Auch der Kreis der Beteiligten unterscheidet sich erheblich: Besteht er bei informellen Verfahren meistens ausschließlich aus Bürger/innen, so nehmen bei formellen Verfahren neben den betroffenen Bürger/innen überwiegend die betroffenen Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange (Verbände, Institutionen, Bürgerinitiativen etc.) teil.

Darüber hinaus verläuft bei formellen Beteiligungsverfahren der Kommunikationsprozess zwischen Vorhabenträger bzw. Genehmigungsbehörde auf der einen Seite und den Beteiligten auf der anderen Seite anders als bei diskursiven Verfahren: Er ist bidirektional, asynchron und asymmetrisch während er bei informellen Verfahren omnidirektional (im Ergebnis diskursiv), mitunter synchron und meistens symmetrisch ist.

Vor dem Hintergrund der dramatisch veränderten Kommunikationsgewohnheiten vieler Bürger/innen und der hohen Durchdringung vieler Lebensbereiche durch das Internet (e-Mail, Blogs, Foren, Chats, social Networks, Twitter etc.) müssen auch für die formellen Beteiligungsverfahren die internetbasierten Kommunikationswege verstärkt bereit gestellt werden.

---

Die Auswertung von durchgeführten Beteiligungsverfahren zeigt, dass die Akzeptanz internetbasierter Methoden bei den Bürger/innen erheblich höher ist, als bei beteiligten Behörden oder anderen Institutionen. Mit anderen Worten: Die Bürger/innen sind bereit für e-Partizipation, die Behörden und Institutionen hinken im überwiegenden Maße noch hinterher.